

# Wie funktioniert Bevölkerungsschutz?

Thomas Wagenblast und Andreas Straub referieren auf Einladung im Olga-Saal

Von Josef Schneider

---

## Ellwangen

„Risiken und Katastrophen – Wie funktionieren Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement?“ Unter diesem Titel haben die Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP), Sektion Ostwürttemberg und das Bundessprachenamt, Sprachenzentrum Süd der Bundeswehr am Montagabend zu einem Vortrag mit Diskussion in den Olgasaal der Reinhardt-Kaserne eingeladen. Als Referenten hatten sie Thomas Wagenblast, Leitender Regierungsdirektor, Dezernent für Ordnung, Verkehr und Veterinärwesen, und den Kreisbrandmeister des Ostalbkreises, Andreas Straub, gewonnen. Alexander Böhm vom Bundessprachenamt und Gerhard Ziegelbauer von der GSP konnten dabei auch zahlreiche Vertreter von Blaulichtorganisationen begrüßen, die bereits vielfältige Einsätze hinter sich haben.

Corona-Pandemie, Hochwasser im Ahrtal, Schneekatastrophe im Berchtesgadener Land, Eisenbahnunfall von Eschede, Erdbeben in der Türkei und Syrien. Die Bevölkerung ist in den letzten Jahren mit vielerlei Katastrophen konfrontiert gewesen. Doch was ist eigentlich eine Katastrophe im gesetzlichen Sinn? Als Katastrophe versteht das Landeskatastrophenschutzgesetz ein „Geschehen, das Leben oder Gesundheit zahlreicher Menschen, die Umwelt, erhebliche Sachwerte oder die lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung in so ungewöhnlichem Maß schädigt oder gefährdet, dass es geboten erscheint, ein zu seiner Abwehr und Bekämpfung erforderliches Zusammenwirken von Behörden, Stellen und Organisationen unter die einheitliche Leitung der Katastrophenschutzbehörde zu stellen“, erläuterte Andreas Straub.

Ob eine Katastrophe vorliegt, entscheidet der Landrat. Er entscheidet, ob Katastrophenalarm auszulösen ist, ob eine Katastrophe nicht mehr vorliegt, oder ob der Katastrophenalarm aufzuheben ist. Unter den vielen Akteuren mit dabei sind Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser Hilfsdienst, Johanniter Unfallhilfe, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Arbeiter-Samariter-Bund und die DRF Luftrettung. „Keine einfache Aufgabe“, sagte Straub. Unterste Katastrophenschutzbehörde sei das Landratsamt. „Wer ist wo für was zuständig?“, sagte er zum Katastropheneinsatzplan.

Straub ging in seinem Vortrag auf Strukturen und Einheiten des Katastrophenschutzes ein, auf Katastropheneinsatzpläne, aktuelle Herausforderungen im Bevölkerungsschutz, das Thema Bevölkerungsschutz und Klimawandel, kommunales Krisenmanagement und auf die Bevölkerungswarnung. Der Bevölkerungsschutz sei jahrelang zurückgefahren worden, kritisierte der Kreisbrandmeister. Die Städte und Gemeinden seien sich aber ihrer Verantwortung bewusst. „Es ist eine gute Zusammenarbeit“, lobte Straub das kommunale Krisenmanagement. In Bezug auf den Klimawandel mit Unwetter, Sturm, Hochwasser, Starkregen und Waldbränden sah er neue Herausforderungen. Die Kommunikation müsse man verbessern, forderte er, um flexibel reagieren zu können. Man müsse die Menschen für das Verhalten bei Hitze im Wald sensibilisieren, sagte er mit Blick auf die Gefahr von Waldbränden.

Als „Notfallanlaufstellen“ nannte Straub die Feuerwehrgerätehäuser. In jeder Gemeinde müsse es aber auch „Notfalltreffpunkte“ geben. Das könne beispielsweise eine Halle sein. Straub kam auch auf das Katastrophenschutzlager des Ostalbkreises zu sprechen, wo unter anderem Feldbetten, Decken, Hygieneartikel und Stromaggregate vorgehalten werden. „Wir wollen ja alle erreichen“, sagte Straub zur Warnung der Bevölkerung im Katastrophenfall und sprach dabei neben WarnApps wie „Nina“ und „Katwarn“ und den Rundfunk auch die 19 Sirenen an, die sich in den Städten und Gemeinden des Ostalbkreises befinden. Sirenen, die von der Leitstelle direkt alarmiert werden können, seien als etabliertes Warnmittel in Gebieten mit hohem Gefährdungspotenzial sinnvoll, wo Menschen schnell erreicht werden müssen.

Thomas Wagenblast indes blickte auf die Corona-Pandemie. „Heute ist der dritte Jahrestag“, sagte er mit Blick auf den 13. März 2020, als auf dem Greutplatz in Aalen innerhalb kürzester Zeit von 24 Stunden ein neues Abstrichzentrum aufgebaut wurde, und auf den Aufbau von Notkrankenhäusern. Krisenmanagement müsse begleitet werden, forderte er personelle und finanzielle Ressourcen sowie die Pflege von Strukturen und die Organisation von Übungen. Wagenblast lobte das flexible Krisenmanagement im Ostalbkreis durch die zivilmilitärische Zusammenarbeit während der Corona-Pandemie, mit dem Einsatz von circa 450 Soldatinnen und Soldaten im Zeitraum vom 26. Oktober 2020 bis 30. Juli 2021 im Ostalbkreis. Insgesamt wurden 13 Hilfeleistungsanträge gebilligt.

„Jeder kann sich selbst vorbereiten“, sagte Wagenblast zur Selbsthilfefähigkeit der Gesellschaft: „Es gibt viele Ratgeber, auch online.“ Als Beispiele nannte er: „Was gehört in meine Hausapotheke?“ und „Was tue ich bei einem Unwetter, bei einem Hochwasser?“

---